

30.04.2013

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zur Unterrichtung der Landesregierung
„**Neue Entwicklungen beim Opel-Standort Bochum**“

Neue Chancen für die Beschäftigten von Opel in Bochum

I. Der Landtag stellt fest:

Am 21. März haben die Opel-Beschäftigten am Standort Bochum den zwischen der IG Metall und der Adam Opel AG ausgehandelten Tarifvertrag mit rund 76 Prozent der abgegebenen Stimmen abgelehnt. Dieses Votum ist bedauerlich, aber zu akzeptieren. Aus dieser Entscheidung spricht ein Mangel an Vertrauen der Opel-Belegschaft in Bochum in ihr Management, aber auch eine 50jährige Lebensleistung für das Werk.

Daraufhin hat der Opel-Aufsichtsrat am 17. April beschlossen, die Produktion des Opel Zafira Ende 2014 nach Rüsselsheim zu verlegen und die Produktion in Bochum aufzugeben. Wie zwischenzeitlich bekannt wurde, will sich Opel bis Ende 2014 komplett aus Bochum zurückziehen. Auch die Komponentenfertigung sowie das Warenverteilzentrum sollen bis Ende 2014 geschlossen werden. Betroffen sind hiervon insgesamt fast 4000 Arbeitsplätze.

II. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag fordert die Adam Opel AG und ihren Mutterkonzern General Motors auf, das Abstimmungsergebnis nicht als Ende der Gespräche über eine Perspektive für die Beschäftigten von Opel in Bochum zu werten. Was vor Wochen noch unternehmerisch vernünftig war, kann heute nicht falsch sein.

Datum des Originals: 30.04.2013/Ausgegeben: 30.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

2. Der Landtag begrüßt, dass laut Medienberichten mindestens Teile der Belegschaft den Sanierungstarifvertrag neu bewerten wollen. Vor diesem Hintergrund appelliert der Landtag an alle Beteiligten - an die Adam Opel AG, den Mutterkonzern General Motors, die Beschäftigten, den Betriebsrat und die IG Metall – die Gespräche erneut aufzunehmen und nach einer gemeinsamen Lösung für den Standort zu suchen.
3. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, bei diesen Gesprächen die Rolle eines Brückenbauers zwischen Management und der Bochumer Belegschaft zu übernehmen.
4. Der Landtag hält eine generelle Verbesserung der Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen für essentiell, um neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Insbesondere am Standort Bochum muss die Landesregierung umgehend die Weichen für eine Entwicklung der freiwerdenden Flächen bzw. für das Konzept „Bochum Perspektive 2022“ stellen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes

und Fraktion